

AKTUELL

BEARBEITUNGSGEBÜHREN AN DER UNI

Chance auf Studienplatz gegen Geld

Isabel Spigarelli

Wer sich für ein Studium an der Universität Luxemburg bewerben will, muss ab Februar Bearbeitungsgebühren zahlen. Sorgt das für ungleiche Einstiegschancen? Das Ministerium für Hochschule und Forschung sowie die Universität bezogen der woxx gegenüber Stellung – sie winken ab.

Ab Februar 2022 müssen Menschen, die sich auf ein Studium an der Universität Luxemburg bewerben wollen, Geld ausgeben: Es fallen Bearbeitungsgebühren in Höhe von 50 Euro pro Dossier an. Anwärter*innen auf ein Doktorat oder auf Weiterbildungen sowie Gasthörer*innen, Studierende von Partneruniversitäten und Erasmus-Student*innen bleiben von der Regelung verschont. Die Einführung wurde mit Vertreter*innen der Association des Cercles d'étudiants luxembourgeois und der Union nationale des étudiants du Luxembourg abgesprochen.



Wer keine 50 Euro übrig hat, kann den Traum vom Studium an der Universität Luxemburg ab Februar knicken.

Die Universität will mit der Bearbeitungsgebühr einem Phänomen entgegenwirken, das die zuständigen Dienststellen seit Jahren belastet: Eine hohe Anzahl an Bewerbungsdossiers ist von vornherein unzulässig, spricht es fehlt den Kandidat*innen an den notwendigen Schulabschlüssen oder Sprachkenntnissen für das ausgewählte Studienfach. 2021 erhielt die Universität um die 15.000 Bewerbungen – die Hälfte war unvollständig.

Dass das auf intransparente Zulassungskriterien oder schlechte Kommunikation seitens der Universität zurückzuführen sein könnte, schließt das Ministerium für Hochschulwesen und Forschung auf Nachfrage der woxx nicht aus. „[E]s gibt sicherlich immer noch Möglichkeiten, das

eine oder andere besser zu machen“, schreibt Tom Wenandy, Ansprechpartner für die Presse. „Sollte sich herausstellen, dass es in den genannten Fällen zu ‚Kommunikations- und Verständnisproblemen‘ gekommen sein sollte oder immer noch kommt, wird die Universität sicherlich die nötigen Anpassungen vornehmen.“ Er verweist anschließend auf die Autonomie der Universität, was Finanzen und Organisation angeht.

Ohne Moos nix los ...

Die Universität selbst verteidigt ihre Entscheidung diese Woche gegenüber der woxx: „Cette introduction ne pose pas le risque de démotiver des étudiants potentiels si une personne est éligible. Elle vise à encourager les candidats à vérifier leur éligibilité et à calibrer leurs candidatures.“ Sowohl Wenandy als auch die Vertreter*innen der Universität betonen, dass die Gebühren mit 50 Euro pro Dossier gering seien, besonders im Vergleich zum Ausland. Außerdem würden sie bei einer Zusage und anschließender Einschreibung von den Semesterbeiträgen abgezogen, somit also auf gewisse Weise rückerstattet. Das gilt allerdings nur für diejenigen, die sich am Ende für alle Fächer einschreiben, zu denen sie zugelassen wurden. Jede Person kann sich maximal für drei Fächer bewerben. Wer das tut, überall angenommen wird und sich am Ende nur für ein Fach immatrikuliert, verliert demnach 100 Euro.

Weder die Universität noch das Ministerium für Hochschulwesen und Forschung will sich den Schuh anziehen, dass durch die Bearbeitungsgebühren Menschen benachteiligt werden, die finanziell schwach aufgestellt sind. „Il est improbable que les frais de dossiers empêchent ou découragent des personnes à étudier à l'Université. Le candidat admis devra payer les frais d'inscription et être en mesure de financer ses études“, heißt es dazu vonseiten der Universität. „Des aides financières publiques et privées sont disponibles, mais une certaine base financière est toutefois nécessaire pour étudier et vivre au Luxembourg.“ Kandidat*innen entgegenzukommen, die in finanziellen Schwierigkeiten stecken, scheint nicht geplant zu sein.

SHORT NEWS

Covid-19 : Boostez vos fêtes

(rg) - Si la Chambre se rallie - ce qui ne fait aucun doute - ce vendredi au dernier projet de loi soumis in extremis mercredi et avisé par le Conseil d'État jeudi, la énième loi contre la propagation de la Covid-19 sera donc d'application dès ce weekend. Celle-ci est inspirée par les nouvelles qui parviennent de toutes parts sur la propagation ultrarapide du variant « omicron ». Les mesures proposées concernent un régime plus strict sur l'organisation d'événements, avec notamment l'introduction d'un régime « 2G+ », qui soumet les participant-es « soit à l'obligation de présenter le résultat négatif d'un test autodiagnostique servant au dépistage du SARS-CoV-2 réalisé sur place soit à l'obligation de porter obligatoirement un masque et se voir attribuer des places assises en observant une distance minimale de deux mètres », pour les rassemblements et événements regroupant plus de 20 personnes (avant : 200). Les événements de plus de 200 personnes (avant : 2.000) sont interdits, sauf s'ils ont lieu sur base d'un protocole sanitaire préalablement accepté par la Direction de la santé, dont le délai d'acceptation peut durer 10 jours. Les tests ne sont pas obligatoires pour les personnes ayant déjà obtenu leur « booster ». D'ailleurs, le gouvernement considère ces dispositions comme de nature à pousser à une troisième vaccination. La même règle s'applique au secteur Horeca, qui en plus se voit contraint de fermer chaque jour à 23h. Les fêtes seront aussi gâchées par le fait que le syndicat des pharmaciens vient d'annoncer qu'il n'y aura pas de tests certifiés en pharmacie lors des gardes pendant les jours fériés.

Stateg: Covid macht gleich und glücklich

(lm) - Der Index für Wohlbefinden (LIW) ist seit 2018 stabil, insbesondere was Armut und Ungleichheit angeht; gegenüber dem Jahresbeginn sind die Noten für Glück und Zufriedenheit sogar gestiegen, teilt der Stateg mit. Das detaillierte Pressecommuniqué klingt weniger erfreulich. Zwar ist der LIW nach 2013 angestiegen und hat 2018 sein Niveau von 2010 wieder erreicht, doch verglichen mit dem Anstieg der Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung stagniert die Verbesserung des Wohlbefindens. Zur Berechnung des LIW, manchmal auch als „PIB du bien-être“ bezeichnet, werden 21 Indikatoren aus 11 Bereichen einbezogen. Verbesserungen gab es seit 2010 vor allem bei Umwelt und Governance, dagegen haben sich die Indikatoren für Arbeit und Wohnen verschlechtert. Ein Blick in die Excel-Tabelle des Stateg offenbart aber auch, dass in vielen Bereichen das Zahlenmaterial wenig aussagekräftig ist. Was die Kurve für den zusammengesetzten LIW-Indikator angeht, so zeigt sie einen deutlichen Absturz als Folge der Finanzkrise von 2008. Eine ähnliche Negativentwicklung aufgrund der Covid-Krise ist nicht zu erkennen, allerdings hatte seinerzeit der Abstieg der Werte mit drei Jahren „Verspätung“ eingesetzt.

Das Forum macht neu

(is) - Die einen wollen mit dem Rauchen aufhören, die anderen mehr Sport treiben – das Monatsmagazin Forum verfolgt zum neuen Jahr einen anderen Vorsatz: die eigene Neuausrichtung. Das Magazin, das seit 1976 jeden Monat im Briefkasten seiner Abonnent*innen landet, erscheint ab Januar nur noch alle zwei Monate. Eine regelmäßige Veranstaltungsreihe ersetzt die ausbleibenden Hefte: Beim „public forum“ treffen im kommenden Jahr jeden zweiten Monat Menschen zusammen, um über gesellschaftlich und politisch relevante Themen zu sprechen. Darüber hinaus bietet das Forum demnächst exklusive Inhalte auf seiner Internetseite an. Mit der Umstrukturierung reagiert das traditionsreiche Magazin auf die medialen und gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre. „Der Bedarf an offenen Debatten hat (...) zugenommen, da Meinungsverschiedenheiten zunehmend als Problem statt als Chance auf Erkenntnisgewinn wahrgenommen werden“, heißt es in der Pressemitteilung zur Neuaufstellung. Den Auftakt macht das Forum-Team mit einem Themendossier zu Kooperationspolitik, das am 6. Januar veröffentlicht wird, und einer dazugehörigen Diskussionsveranstaltung in den hauptstädtischen Rotondes, am 7. Februar.